

MIGRATION – SICHERHEIT – GRENZE. EINE KRITISCHE DISKURSANALYSE DER BUNDESTAGSDEBATTEN NACH SOLINGEN 2024

Nele Hamann

Einleitendes zu transkulturellen Perspektiven und dem aktuellen Migrationsdiskurs

Aus der Perspektive des kulturwissenschaftlichen Paradigmas ‚Transkulturalität‘ fällt die aktuelle enorme Präsenz der Problematisierung von Migration im politischen wie medialen Diskurs irritierend auf. Mit Transkulturalität wird sich von Modellen national gedachter, klar abgegrenzter Kulturen verabschiedet und die gegenwärtige, durch Globalisierungsprozesse deutlich sichtbar gewordene sowie auch historisch nachgezeichnete soziale Realität als kulturell fluid, dynamisch und verwoben verstanden (Welsch 2012: 26–28, 33). Diese Perspektive zeichnet sich auch in aktuellen Migrationsforschungen, den ‚Border Studies‘ sowie den Mobilitätsstudien ab. Mobilitätsstudien fokussieren beispielsweise gegenwärtige und historische menschliche Bewegungen sowie Verwebungen kultureller Praktiken und verstehen Mobilität anstelle von Statik als Norm menschlichen Daseins (Glick Schiller/Salazar 2012: 3). Houtum und Naerssen schreiben außerdem, dass Migration keine Aberration, sondern eine Konstante der Menschheitsgeschichte sei: dennoch werde sie heute mehr denn je als signifikante politische Angelegenheit problematisiert (Houtum/Naerssen 2002: 127). So steht einer transkulturellen Perspektive kritischer Wissenschaften ein politischer Migrationsdiskurs entgegen, der seit den 1980er Jahren, wie Huysmans (Huysmans 2000: 751) schreibt, verstärkt auf Migration als Faktor für innerstaatliche Destabilisierung und Bedrohung der öffentlichen Ordnung verweist. Besonders eindrücklich zeigt sich dies in der politischen Reaktion auf den Anschlag von Solingen im August 2024¹. In Solingen tötete am 23.8.2024 ein sich später zur islamistisch-terroristischen Vereinigung ‚Islamischer Staat‘ Bekennender drei Menschen auf einem Stadtfest und verletzte Weitere (Tagesschau 2024). Als erste konkrete Maßnahme der Bundesregierung wurden daraufhin die bereits seit Oktober 2023 an einigen Grenzen eingeführten Schengen-Binnengrenzkontrollen bundesweit ausgeweitet (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2024). Anschließend schlug die Regierung ein Sicherheitspaket mit Gesetzesentwürfen zur Verbesserung der inneren

1 Ich referiere im Folgenden auf den hier verhandelten Anschlag als ‚Solingen 2024‘, um dem rassistischen Anschlag in Solingen 1993 nicht seinen wichtigen Platz im Gedenken streitig zu machen. Im Mai 1993 starben bei einem Brandanschlag in Solingen fünf Menschen. Dieser Brandanschlag stellte einen Höhepunkt zunehmender rechter Gewalt in Deutschland in den 1990er Jahren dar (Kahveci/Sarp 2017).

Sicherheit, der Asylpolitik sowie der Terrorismusbekämpfung vor (Bundesregierung 2024). Begründet wurden die migrationspolitischen Reaktionen auf den Terroranschlag mit dem Verweis auf die Herkunft und die Migrationsgeschichte des Täters (Lehner/Nestler 2024). Eine solche Verknüpfung von Terrorismus, Sicherheit und Migration finde, so Lange und Wendekamm (2019: 129), mindestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA statt und trete seit den Migrationsbewegungen in Europa 2015 wieder verstärkt auf.

Genauer zu untersuchen, mit welchen Vorstellungen von Migration in aktuellen politischen Debatten operiert wird und welche Rolle ‚Grenze‘ dabei einnimmt, halte ich deshalb für ein relevantes Themenfeld. In meiner Forschung gehe ich der Frage nach, wie sich die Themen Migration, Sicherheit und Grenze in der Bundestagsdebatte um das Sicherheitspaket nach Solingen 2024 miteinander verweben. Wie stellen sich darin Narrative und Deutungen von Migration dar und inwiefern sind diese mit Vorstellungen von Sicherheit verknüpft? Welche Funktion und Bedeutung werden der Grenze zugeschrieben?

Ich bestimme den Anschlag von Solingen 2024 als wichtiges Ereignis für meine Forschung, da dieser eine Reihe migrationspolitischer Debatten und Maßnahmen nach sich zog. Weiter gehe ich davon aus, dass in der Debatte die Themen Migration, Sicherheit und Grenze so miteinander verknüpft werden, dass ‚Wahrheiten‘ um die Notwendigkeit von Grenzkontrollen und anderen migrationspolitischen Maßnahmen produziert werden. Ziel der Analyse soll es sein, diese Wahrheiten und Wissensbestände innerhalb des Regierungsdiskurses anhand ihrer diskursiven Konstruktionsbedingungen nachzuzeichnen und zu verstehen. Dabei soll der Modus der ‚Versicherheitlichung‘ von Migration, also die Konstruktion von Migration als Sicherheitsproblem, kritisch hinterfragt werden, wie Hess und Kasperek es anregen (Hess/Kasperek 2017: 16). Folgend werden die verwendete Methode, der Forschungsprozess sowie meine Selbstreflexion als Forschende dargestellt. Anschließend werden zentrale Erkenntnisse und Ergebnisse ausgeführt und in theoretische Kontexte eingebettet.

Diskursanalyse von Bundestagsdebatten

Um der Frage nach den Konstruktionsweisen und Verschränkungen der Themen Migration, Sicherheit und Grenze im Diskurs nach dem Anschlag von Solingen 2024 nachzugehen, werden in dieser Forschung Bundestagsdebatten zu diesem Komplex diskursanalytisch untersucht. Die Entscheidung für dieses Diskursfeld folgt meinem Forschungsinteresse an der Konstruktion von Wirklichkeit und wie sie sich durch die Grenzkontrollen und andere migrationspolitische Maßnahmen materialisiert. Eine Diskursanalyse bietet die Möglichkeit, sich einem Verstehen von sozialen und kulturellen Vorstellungen, Praktiken und Materialisierungen durch eine De- und Rekonstruktion des Diskurses zu nähern. Dafür nutze ich die Werkzeuge der

Diskursanalyse basierend auf dem Denken Michel Foucaults, wie sie die Kritische Diskursanalyse (KDA) nach Siegfried Jäger vorschlägt. Mit der foucaultschen Perspektive werden Diskurse auf die Produktionsbedingungen eines bestimmten Wissens und bestimmter Wahrheiten analysiert, die zu einem bestimmten Zeitpunkt soziale Etablierung erfahren, wie es Eggmann zusammenfasst (Eggmann 2013: 56). Diskurse verweisen demnach auf jeweils dominant gewordenes, diskursiv erzeugtes Wissen (Lehner 2021: 222). Diskurse als produktive Faktoren bringen im Gefüge von Institutionen, Akteur:innen, Materialisierungen, Infrastrukturen und Technologien soziale Realitäten hervor (Jäger et al. 2024: 38). In der hier vorgelegten Forschung wird der Migrationsdiskurs in den Blick genommen und wie dieser Wissen sowie soziale Realitäten in Form von politischen Maßnahmen produziert und legitimiert.

Die Analyse von Bundestagsdebatten ordne ich als Analyse eines Spezialdiskurses ein, da dieser zuerst unter seiner begrenzten Akteur:innenschaft zirkuliert (Foucault 2001: 35). Auch wenn andere Diskursebenen auf diesen einwirken und der Diskurs öffentlich stattfindet, ist die Teilnahme an diesem nicht für alle offen. Die institutionelle Rahmung dieses politischen Spezialdiskurses zeichnet sich außerdem durch Akkumulation von Macht aus, welche dem hier produzierten Wissen eine wirkmächtige Gültigkeit verschafft (Kammler et al. 2008: 275). Da Wissen und Macht sich nach Foucault (2001: 44–45) immer gegenseitig hervorbringen, seien Diskurse als Träger von jeweiligem Wissen Machtfaktoren. Diskurse sind so auch ein strukturierender Faktor jeweiliger Macht- und Herrschaftsverhältnisse der jeweiligen Gesellschaften. In meiner Forschung zum Migrationsdiskurs politischer Entscheidungsträger:innen halte ich eine kritische Perspektive auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse, wie sie die KDA und auch Foucault verfolgen, für besonders wichtig. Die Analyse der Konstruktion von Diskursen erlaubt einen Zugang der sowohl synchron die situative Deutung als auch diachron gesellschaftlichen Wandel betrachten kann. Ich nehme in dieser Forschung eine synchrone Analyse vor, da sich eine diachrone Analyse zu umfangreich für mein Forschungsunterfangen darstellt. Um einen Ausblick auf die historisch gewachsene Dimension des Diskurses zu geben, werde ich meine Analyse dennoch in Forschungen und Debatten zu Migration, Sicherheit und Grenze einbetten.

Diskursanalytisches Vorgehen

Anschließend an die Bestimmung des oben dargestellten Diskursfeldes, erstellte ich den zu untersuchenden Textkorpus. Dafür sondierte ich verschriftlichte Protokolle deutscher Bundestagssitzungen um den Zeitraum des Anschlags von Solingen 2024. Entgegen meiner Annahme lassen sich keine Debatten mit dem Schwerpunkt auf die bundesweite Ausweitung der Binnengrenzkontrollen finden. In der dritten Sitzung nach dem Anschlag schlägt die Regierung aber ein Sicherheitspaket in Reaktion auf Solingen 2024 vor, zu dem in zwei weiteren Sitzungen debattiert wird und Beschlüsse

gefasst werden. Die Protokolle zu diesen drei Debatten stellen das Material meiner Forschung dar. Es handelt sich dabei um die 185. Sitzung des Bundestages vom Donnerstag, 12. September 2024, mit einer Aussprachezeit von 90 Minuten, protokolliert auf den Seiten 23965 bis 23992; die 188. Sitzung vom Donnerstag, 26. September 2024, mit einer Aussprachezeit von 68 Minuten, protokolliert auf den Seiten 24339 bis 24360, und um die 195. Sitzung vom Freitag, 18. Oktober 2024, mit einer Aussprachezeit von 68 Minuten, protokolliert auf den Seiten 25464 bis 25509. In diesen Sitzungen sprechen Mitglieder aller zu dieser Zeit im Bundestag vertretenen Parteien. Die 2024 amtierende Präsidentin des deutschen Bundestags und ihre Vertretung moderierten die Sitzungen. Analysiert wird also ein Textkorpus verschriftlichter Redebeiträge und Zwischenrufe, wie sie der Öffentlichkeit durch die Protokolle online zur Verfügung gestellt werden.

In meiner Analyse folgte ich dem Diskursverlauf des Themas Migration, der einen Diskursstrang bildet. Ich machte dabei verschiedene Themen aus, denen ich Unterthemen zuordnete, um, wie Jäger (2001: 105) schreibt, die Bandbreite des Diskurses qualitativ zu erfassen. Die Diskursfragmente wurden anschließend darauf untersucht, welche weiteren Themen und Bezüge im Diskursstrang Migration ausgemacht werden können, um Diskursverschränkungen und deren diskursive Effekte zu erkennen. Weiter werden Problematisierungen, Akteure und Aussagen ermittelt und Sprachlich-Rhetorisches in den Blick genommen. Problematisierungen zu analysieren, hieße nach Foucault, den Prozess zu analysieren, in dem bestimmte Dinge zum Problem werden (Foucault 1996: 178). Es geht also darum zu rekonstruieren, wie Problematisierungen bestimmte Wahrheiten und Wirklichkeiten produzieren. Aussagen verstehe ich nach Foucault (1973: 148) als inhaltlich zusammenhängende, sich wiederholende Äußerungen, die zu Aussagen verdichtet, bestimmtes Wissen aufweisen. Diese auf Wissen verweisenden Aussagen bestimmen, so die KDA (Jäger et al. 2024: 48), Sagbarkeitsfelder, die wiederum die Bandbreite möglicher Aussagen begrenzen und so den Rahmen des Diskurses zum jeweiligen Zeitpunkt aufzeigen. Bei der Betrachtung von sprachlich-rhetorischen Mitteln konzentrierte ich mich auf die Verwendung auffälliger Schlagwörter, an denen inhaltlich-ideologische Deutungen abgelesen werden können. Durch das hier beschriebene Vorgehen kann meine Analyse Begründungszusammenhänge, Vorstellungen, gültiges Wissen und Wahrheiten, also das Sagbarkeitsfeld bezüglich Migration, Sicherheit und Grenze im regierungspolitischen Diskurs, zu dem analysierten Zeitpunkt herausarbeiten. Zum Ende der dritten Debatte wiederholen sich Aussagen und ich konnte keine neuen inhaltlichen oder formalen Erkenntnisse gewinnen. So konnte ich meine Analyse vollständig abschließen.

Reflexion – die eigene Rolle als Forschende

Als Forschende nehme ich eine De- und Rekonstruktion des Diskurses und damit auch Deutung gesellschaftlicher Wirklichkeit vor. Dies geschieht zweifelsohne auf Grundlage meines eigenen Wissens und auch meiner eigenen

Positionen. Im Sinne reflexiver Wissenschaft sei an dieser Stelle auf meine antirassistische und antifaschistische Haltung hingewiesen. Des Weiteren schreibe ich aus einer europäischen Position, die gleichzeitig versucht, diese zu hinterfragen. So möchte ich mich auch mit kolonialen Kontinuitäten, von denen Europa weiterhin profitiert und die sich auch in der Migrationsthematik zeigen, auseinandersetzen. Ich schließe mich Positionen, wie der von Lange und Wendekamm (2019: 35) an, die die Problematisierung und Versicherheitlichung von Migration als politisch rechte Position einordnen. Ebenso beobachte ich mit Besorgnis, wie es auch die Studien von beispielsweise Lehner (2021: 231) tun, eine Normalisierung dieser rechten Positionen. Nicht umsonst wähle ich als methodischen Leitfaden die Kritische Diskursanalyse, sei diese doch, wie Jäger et al. (2024: 262) es schreiben, „an Inhalten und Verhältnissen interessiert, die sie kritisieren“. Außerdem können mit dem Blick auf Konstruktionsprozesse sozialer Realitäten, gültige Wahrheiten hinterfragt, kritisiert und Veränderungen denkbar werden (Jäger et al. 2024: 86).

Meine Haltung stellt mich zuweilen vor die Herausforderung, bei der Analyse der Bundestagsdebatten politischen rechten Positionen keine alleinige Aufmerksamkeit zu schenken, sondern das Sagbarkeitsfeld im Ganzen zu erfassen. Dafür eignen sich die Werkzeuge der Diskursanalyse gut, da die Beschaffenheit des Diskurses im Fokus steht und „von seiner Erscheinung und seiner Regelhaftigkeit aus, [...] auf seine äußeren Möglichkeitsbedingungen [...]“ (Foucault 2001: 35) zugegangen wird.

Der Migrationsdiskurs im deutschen Bundestag nach dem Anschlag von Solingen 2024

In Reaktion auf den Anschlag von Solingen 2024 schlägt die Regierung ein Sicherheitspaket vor, das verschiedene Gesetzesentwürfe bezüglich Migrationspolitik, Befugnissen der Sicherheitsbehörden und dem Waffenrecht beinhaltet. Die migrationspolitischen Gesetzesentwürfe umfassen mehr Rückführungen nach der Dublinverordnung², Sozialleistungsstreichungen bei Rückführungsfällen nach der Dublinverordnung, mehr Möglichkeiten von Abschiebungen auf Grundlage von Kriminalität, Entzug von Aufenthaltstiteln bei Heimatbesuchen und Ausweitungen von Binnengrenzkontrollen (Bundestag (a) 2024: 23 966–23 967). Die CDU/CSU schlägt, als damalige Oppositionspartei, ihrerseits ein eigenes Gesetz zur Begrenzung von Migration und weitere, verschärfende Änderungen des Sicherheitspaketes der derzeitigen Regierung vor. Hervorzuheben ist die Forderung nach ‚Zurückweisungen‘ an den deutschen Grenzen, die in den Debatten eine starke Präsenz innehat (Bundestag (a) 2024: 23 968). Auch die AfD beantragt Verschärfungen in der Migrationspolitik und Änderungen im Gesetzesvorschlag der Regierung zum Waffenrecht. Die AfD spricht von der Beendigung der Einwanderung nach Deutschland (Bundestag (a) 2024: 23 966). In ihren jeweiligen

2 Die Dublinverordnung bezeichnet die EU-politische Regelung der Zuständigkeit eines Asylverfahrens (Informationsverbund Asyl & Migration).

Anträgen fordern CDU/CSU und AfD eine ‚Wende‘ beziehungsweise ‚Kehrtwende‘ in der Migrationspolitik und zeichnen damit das Bild einer aktuellen, angeblich extensiven Migrationspolitik. Die Gesetzesentwürfe und Anträge wurden in drei Sitzungen des Bundestages debattiert und anschließend per Wahl darüber abgestimmt. Das Sicherheitspaket der Regierung wurde angenommen, die Anträge von CDU/CSU und AfD nicht.

Die folgende Diskursanalyse untersucht den Migrationsdiskurs in diesen Debatten. In drei thematisch gefassten Unterkapiteln stelle ich die Ergebnisse meiner Analyse vor. Dafür werden die dort jeweils ausgemachten Aussagen mit jeweils beispielhaften Zitaten belegt, Diskursverschränkungen, Problematisierungen und andere Auffälligkeiten vorgestellt und jeweils unter Hinzunahme weiterer Forschungsliteratur interpretiert.³

Themenkomplex Migration

Ein Narrativ, das die Debatten dominiert, beschreibt Migration als Belastung für die deutsche Gesellschaft und hält verbesserte Regulierungen und Verringerung von Migration nach Deutschland für notwendig. Dass Migration ein Problem sei, kann als übergeordnete Aussage ausgemacht werden. So beispielhaft Klaus Ernst (BSW): „Meine Damen und Herren, natürlich haben wir ein Problem mit Zuwanderung und ein Problem an den Grenzen“ (Bundestag (b) 2024: 24 357). Unter dieser übergeordneten Aussage lässt sich häufig eine solche Aussage finden, die, wie in diesem Zitat, keine weitere Begründung, Argumentation oder Diskursverschränkung aufweist. Daraus wird evident, dass sich die Aussage, Migration sei ein Problem, als anerkanntes Wissen und gültige Wahrheit durchsetzt. Die beiden anderen Aussagen, die sich unter dieser Aussage einordnen lassen, kommen allerdings nicht ohne Modi der Begründung aus und auch häufiger vor.

Die häufigste Aussage besagt, innere Sicherheit könne durch politische Restriktion von Migration hergestellt werden. So sagt Konstantin Kuhle (FDP): „Der Anschlag in Solingen hat gezeigt, dass wir auch durch Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik etwas dazu beitragen müssen, dass die innere Sicherheit in Deutschland wieder besser wird“ (Bundestag (a) 2024: 23 978). Hier wird ein direkter Bezug zwischen Migration und dem Anschlag von Solingen 2024 hergestellt und eine dreifache Verschränkung von migrations-, sicherheits- und parteipolitischem Diskurs sichtbar. Diese häufig auftretende Diskursverschränkung hat den Effekt, die Gegenwartsverhältnisse zum einen als unsicher zu verstehen und zum anderen die Notwendigkeit politischer Regulation zu legitimieren. Die prominenteste Diskursverschränkung, die 22 mal auftritt, ist die einfache Verschränkung von Migrationsdiskurs mit dem Sicherheitsdiskurs. Migration als Sicherheitsproblem zu verhandeln, bedeutet auch Migration als Bedrohung zu deuten und damit folglich Zugehörigkeitsordnungen zu bestimmen (Huysmans 2000: 757). Wer

3 Zur Darstellung von Häufigkeitsverteilungen verwende ich, neben konkreten Zahlen, die folgenden Beschreibungen: am häufigsten, häufig, und weniger häufig.

als Bedrohung und wer als zu schützendes Subjekt bestimmt wird, entscheidet eben auch über die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft (Geier/Mecheril 2021: 171). Zugehörigkeitspolitiken wiederum verhandeln Zugänge zu und Verteilungen von Rechten in einer Gesellschaft (Huysmans 2000: 173). So führt eine Versicherheitlichung von Migration zu einem Ausschluss aus der Zugehörigkeitsordnung. Migrationspolitische Restriktionen, wie es das Sicherheitspaket bezüglich Aufenthalt und Sozialleistungen vorlegt, werden legitimiert.

Die häufig auftauchende Aussage, Kriminalität und Gewalt seien Probleme innerer Sicherheit, die durch Migration verursacht seien, unterfüttert dieses Bedrohungsnarrativ. Dazu beispielhaft Detlef Seif (CDU/CSU): „Wir müssen unabhängig von terroristischen Straftaten bei der Migration auch in den Blick nehmen, dass durch offenstehende Türen in hohem Maße allgemeine Kriminalität nach Deutschland geholt wird“ (Bundestag (a) 2024: 23 990). Diese hier aufgezeigte Verschränkung des Migrationsdiskurses mit einem Bedrohungsdiskurs lässt sich in der Debatte häufig finden und hat einen die Migration selbst kriminalisierenden Effekt. Politiken der Kriminalisierung sind laut Faust et al. (2024: 222) produktiv und bringen Figuren der Bedrohung sowie der Schutzbedürftigkeit hervor und nehmen so ebenfalls teil an Zugehörigkeitsaushandlungen. „Kriminalisierung umfasse [...] auch die Restrukturierung moralischer Ordnungen und die Herstellung von Gefühlen der Verletzbarkeit und Bedrohung“ (Faust et al. 2024: 221). Genutzt werde Kriminalisierung weiterhin als Mittel, um unerwünschte Subjekte oder Praktiken zu regulieren (Faust et al. 2024: 234). Nachzuvollziehen ist dies ebenfalls in der Diskursverschränkung von Bedrohung und Migration, die in der Konsequenz eine Notwendigkeit restriktiver migrationspolitischer Maßnahmen produziert. Ende des letzten Jahrhunderts habe sich im Zuge eines neoliberalen Turns Kriminalisierung als akzeptierter Regierungsmodus für soziale Probleme verbreitet, so Faust et al. (2024: 219).

Ein anderer Aussagenkomplex widerspricht dem hier dargestellten Narrativ über Migration. Häufig auszumachen ist die Aussage, dass diese Verschränkung von Migration mit Terrorismus und Sicherheitspolitik problematisch sei. So Dr. Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen): „Für Sie ist die Antwort auf alle Sicherheitsfragen eine schärfere Migrationspolitik, und Sie spalten damit die deutsche Einwanderungsgesellschaft. Aber zur Terrorismusbekämpfung oder Extremismusprävention sagen Sie nicht ein einziges Wort“ (Bundestag (a) 2024: 23 977). In dieser Aussage lässt sich eine Normalisierung von Migration erkennen, indem die deutsche Gesellschaft als Einwanderungsgesellschaft verstanden wird. Die diese Aussage bildenden Äußerungen weisen allerdings weniger eigene Narrative und Deutungen von Migration auf, vielmehr kritisieren sie vornehmlich andere Aussagen.

Die Aussage, Migration sei kein Problem, lässt sich dagegen weniger häufig finden. Migration erfährt diese Deproblematisierung mitunter durch Verweise auf Migration als Wirtschaftsfaktor, so zum Beispiel Ann-Veruschka Jurisch (FDP): „Und wir sollten endlich – das ist mir auch wichtig – davon

wegkommen, Migration in der Endlosschleife als die Mutter aller Probleme darzustellen. Reden wir doch bitte auch mal wieder davon, dass Migration, nämlich Migration in unseren Arbeitsmarkt, doch auch Teil der Lösung ist“ (Bundestag (b) 2024: 24353). Hier zeigt sich die sozio-ökonomische Dimension von Migration, vor deren Hintergrund es als Regierungsaufgabe verstanden wird, vorteilhafte ökonomische Ressourcen durch Migration anzuziehen (Houtum/Naerssen 2002: 127). Der Migrationsdiskurs wird hier mit dem Wirtschaftsdiskurs verschränkt. Es wird deutlich, worauf auch Geier und Mecheril (2021: 174–175, 187) verweisen, dass eine fragile Teilhabe an der herrschenden Zugehörigkeitsordnung in kapitalistischen Verhältnissen vor allem durch die eigene ökonomische Verwertbarkeit möglich werden kann.

Eine weitere, auch wenig häufig auftauchende Aussage fordert auf, Migrationspolitik solle humanitär gedacht werden. Dafür spricht Marcel Emmerich (Bündnis 90/Die Grünen) (Bundestag (c) 2024: 25475):

„Gleichzeitig müssen wir angesichts dieser Debatte, die mit einer unmittlbarbaren Vermischung von innerer Sicherheit und Asyl geführt wird, darüber reden, dass wir, wenn wir über Asyl reden, über Menschen reden. Wir reden über Geflüchtete mit einem besonderen Lebensschicksal. [...] Uns allen würde es sehr gut zu Gesicht stehen, bei dieser Debatte den Kompass der Humanität und Empathie nicht wegzulegen.“

Eine Deutung von Migration als humanitäre Frage unterscheidet sich sehr von einer, die Migration als Sicherheitsproblem rahmt. Eine solche Deutung würde sich, so Huysmans (2000: 757), zur politischen Regelung von Migration am menschenrechtlichen Diskurs orientieren. Hess und Kasperek (2017: 66) beobachten allerdings auch, wie sich 2015 der Migrationsdiskurs mit einem Humanitätsdiskurs und einem Krisendiskurs so verschränkte, dass Migrationsbewegungen als humanitäre Krise dargestellt werden konnten und Notstandsaufrufungen legitimiert wurden. Die Ausrufung eines Notstands ermöglicht Staaten, EU-europäisches Recht zu umgehen sowie internationale Gesetzgebungen auszuhebeln (Hess/Kasperek 2017: 66). So kann sich auch ein Humanitätsdiskurs mit einem Sicherheitsdiskurs so verschränken, dass sich daraus eine Legitimierung restriktiver nationalstaatlicher Migrationspolitiken ergibt.

Die Dominanz der Deutung von Migration als Problem für Deutschland, wie sie durch die Aussagen und Diskursverschränkungen aufgezeigt wurde, zeigt sich weiter auch daran, dass Migration mit 33-maligem Auftreten die mit Abstand häufigste Problematisierung in den Debatten darstellt. Auch in der Betrachtung der Akteure, über die im Diskurs gesprochen wird, wiederholt sich diese Feststellung. So kommt zwar Migration als Phänomen sehr häufig vor, Migrant:innen als Subjekte aber so gut wie nie. Migrant:innen tauchen in der Debatte als Akteure meist nur dann auf, wenn sie problematisiert, meist kriminalisiert werden. Hier ist die Produktion von Kriminalitätsfiguren er-

neut auszumachen, was sich dadurch auszeichnet, so Faust et al., dass diese Figuren als Subjekte selbst keine Rolle spielen (Faust et al. 2024: 219). Es lässt sich außerdem feststellen, dass verwendete Schlagwörter ebenfalls das Narrativ von Migration als Problem unterstützen. Das zeigt beispielsweise der am häufigsten verwendete Begriff der ‚Massenmigration‘, mit dem eine Belastung suggeriert wird. Diesen Topos der Überforderung durch Masse, auch verbunden mit Bedrohlichkeit, ordnen Geier und Mecheril (2021: 179) als den spätestens seit den Jahren 2015 und 2016 übergeordneten Diskurstypus im öffentlichen Migrationsdiskurs ein. In der Verwendung von Schlagwörtern wie ‚Messermord‘, ‚Bandenkriege‘ und ‚Clankriminalität‘ werden Kriminalisierungstechniken erkennbar, die rassistische Stereotype hervorbringen und verfestigen. Ein weiteres Schlagwort, das hier thematisch unabhängig vom Ereignis Verwendung findet, ist das der ‚Gruppenvergewaltigung‘. Dabei wird die Figur der ‚schützenswerten Frau‘ konstruiert und der Migrationsdiskurs mit dem Geschlechterdiskurs verschränkt. Das Schaffen solcher Verbindungen zwischen verschiedenen Gewaltformen wie Terrorismus, Mord und Vergewaltigung mit Migration reproduziert, produziert und verfestigt Rassismen, indem soziale Probleme externalisiert und in einem ‚Anderen‘ verortet werden. Diese Form sozialer Grenzziehung verhandelt Zugehörigkeit und Ausschluss durch den Topos der Bedrohung und durch die Produktion der Figuren der schutzbedürftigen Zugehörigen und der kriminellen Anderen.

Völlig normalisiert scheint außerdem die Bezeichnung ‚irreguläre Migration‘ zu sein, die sich durch die Debatte hindurch zieht. Diese Bezeichnung ignoriert, dass eine Einreise für Asylsuchende ohne Visum beziehungsweise Pass in der Regel straffrei ist und ein Großteil der als ‚irregulär‘ gezählten Migrant:innen anschließend einen Schutzstatus erhält (Engler/Christinck 2024: 11). Weiterhin wird nicht thematisiert, dass es keine ausreichenden, sicheren und legalen Wege in die EU beziehungsweise nach Deutschland gibt, das heißt, ‚irreguläre‘ Migration also eigentlich die Regel darstellt, wie Engler und Christinck (2024: 10) konstatieren. Solche Imaginationen des Ir/regulären sind überdies ein signifikanter Teil des Prozesses der Kriminalisierung (Faust et al. 2024: 222). Die Bezeichnung ‚irreguläre‘ Migration problematisiert die darunter gefassten Menschen dadurch, dass ‚irregulär‘ auf etwas verweist, das nicht normal sei, und delegitimiert damit ihre Migration.

Weiter möchte ich noch dem prominentesten Zwischenruf in der untersuchten Bundestagsdebatte Aufmerksamkeit schenken. Besonders die AfD fällt mit ihrer Häufigkeit an Zwischenrufen auf, die sich auf Migration und Sicherheit beziehen. Damit schafft sich die AfD trotz geringerer Redezeit immer wieder Raum für ihre Positionen. Der sich am meisten wiederholende Zwischenruf von Beatrix von Storch (AfD) lautet: „Sie müssen begrenzen und beenden und nicht steuern und regeln!“ (Bundestag (a) 2024: 23968). Das zeigt zwei verschiedene Verständnisse von Migration und der Aufgaben des Staates. Während die AfD wiederholt von Begrenzung und Beendigung von Migration spricht, verwenden SPD, FDP und CDU die Begriffe

steuern, regulieren, ordnen, kontrollieren und – ebenfalls – begrenzen, um die Staatsaufgaben bezüglich Migration zu beschreiben. Die Nutzung des Begriffs ‚Begrenzung‘ lässt sich also bei einem Großteil der vertretenen Parteien im Bundestag feststellen. Dass es eine Notwendigkeit zur Begrenzung von Migration gebe und es sich dabei um eine regierungspolitische Aufgabe handle, kann also als eine sich durchgesetzte und etablierte Wahrheit im Diskurs ausgemacht werden. Der Begriff der ‚Begrenzung‘ reproduziert außerdem wieder das Narrativ der Belastung durch Migration und den Topos der Überforderung durch Masse.

In diesem Abschnitt stelle ich eine überwiegend problematisierende, kriminalisierende und versicherheitlichende Deutung von Migration fest, der allerdings auch widersprochen wird.

Themenkomplex Grenze

Die in der untersuchten Debatte diskutierten Grenzmaßnahmen beziehen sich ausschließlich auf migrationspolitische Grenzmaßnahmen. Eine häufige Aussage besagt, Grenzen seien Instrumente zur Regulierung von Migration. Dazu äußert beispielsweise Thorsten Frei (CDU/CSU): „Wir müssen etwas tun, um die irreguläre Migration nach Deutschland möglichst zu stoppen, jedenfalls deutlich zu reduzieren. Dafür wäre das einzig probate Mittel Zurückweisungen an der Grenze“ (Bundestag (a) 2024: 23968). Die Aussage weist auf die migrationsregulierende Deutung der Funktion von Grenze hin. Es lässt sich in der Debatte keine gegenteilige Deutung auffinden. Dass also Grenzen Migration regulieren würden, kann als eine gültige Wahrheit in diesem Diskurs ausgemacht werden. Als Grundlage für dieses Grenzverständnis dient die Deutung von Migration als Problem, wie es im Zitat durch die Konstatierung einer Notwendigkeit des Stopps beziehungsweise der Reduzierung von Migration und durch die Verwendung des Begriffs ‚irreguläre‘ Migration deutlich wird. Solch eine Problematisierung kann, wie Lehner aufzeigt, „der Legitimierung strengerer Grenzmaßnahmen zum vermeintlichen Schutz der gesamten Nation dienen“ (Lehner 2021: 230).

Hier wird eine Verschränkung des Grenzdiskurses mit dem Sicherheitsdiskurs und dem Migrationsdiskurs deutlich. Diese Verschränkung geht laut Huysmans auf ein Sicherheitskontinuum zurück, das sich mit dem Schengen-Abkommen seit 1985 immer weiter verstetigte: Die politische und professionelle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit für die Europäische Union produzierte demnach ein Wissen, das die Aufhebung von Grenzkontrollen zwischen EU-Mitgliedsstaaten als Herausforderung für innere Sicherheit einschätzte und eine Verbindung zwischen Grenzen, Kriminalität und Migration hervorbrachte (Huysmans 2000: 758–761).

Welche Grenzpraktiken die jeweiligen Regulierungswünsche umsetzen könn(t)en, variiert in der analysierten Debatte. Die auch im Frei-Zitat oben wiederholte Forderung nach ‚Zurückweisungen‘ von Migrant:innen an den Grenzen ist dabei besonders präsent. Laut der Debatte ist dies vormals eine

klassische AfD-Forderung zur Migration, die hier aber von der CDU/CSU eingebracht und vertreten wird. Interessant ist diesbezüglich ein Bericht der Polizeigewerkschaft, dass allgemeine Zurückweisungen rechtlich nicht möglich seien und es sich um eine Fehlinformation handle, wenn gesagt werde, dass damit Migration verringert werden würde (Engler/Christinck 2024: 18–19).

Hier wird eine Postfaktizität im Migrationsdiskurs deutlich. Mit Postfaktizität ist der Modus von Emotionalisierung und Selektion von Informationen zur Verstärkung jeweiliger Deutungen gemeint (Lange/Wendekamm 2019: 107). Die Forderungen nach strengeren Kontrollen oder Schließung der Grenzen gehen nach Lehner außerdem mit den allgemeinen Renationalisierungstendenzen durch globale Erfolge rechter Parteien einher. Damit diagnostiziert Lehner eine Durchsetzung rechter Positionen, ausgedrückt in restriktiven Grenzpraktiken (Lehner 2021: 230).

Eine weitere häufige Aussage ist außerdem: Migrationspolitik nicht EU-europäisch zu denken gefährde die innere Sicherheit. So beispielsweise Andreas Audritsch (Bündnis 90/Die Grünen): „[...] dass Sie in Kauf nehmen, dass wir Staaten wieder gegeneinander aufbringen, dass Sie Schlagbäume und Grenzkontrollen mitten in Europa in Kauf nehmen. Das ist die Gefährdung des großen Friedens- und Wohlstandsprojektes [...]“ (Bundestag (a) 2024: 23085). Hier zeigt sich, was Hess und Kasperek (2017: 47–48) als Krise des EU-Migrations- und Grenzsystems beschreiben. Sie beobachten, dass entgegen dem Prinzip des Schengensystems, oft nationale Grenzkontrollen als migrationspolitische Lösungsansätze eingesetzt werden (Hess/Kasperek 2017: 47–48). Auch die Reform des Schengener Grenzkodex vom April 2024 bestätigt diese Entwicklung. Mit der Reform werden Dauer und akzeptierte Begründungen für nationale, sogenannte Binnengrenzkontrollen ausgeweitet und damit mehr Möglichkeiten nationaler Grenzpolitiken innerhalb der EU geschaffen (Engler/Christinck 2024: 6). Dieser Entwicklung gegenüber steht die hier oben angeführte Aussage, die darin eine Gefährdung des EU-europäischen Projektes sieht und damit eine potenzielle Gefahr für die innere Sicherheit. Die Verschränkung des Grenzdiskurses mit dem Sicherheitsdiskurs ist auch hier evident. Weiter findet sich hier eine Verschränkung mit einem Europadiskurs. Dabei scheint auch die Versicherheitlichung von Migration eine wichtige Rolle zu spielen und transformierende Wirkung auf EU-weite Grenzregelungen zu haben. So sei hier noch angemerkt, dass sich die Einführung von nationalen Grenzkontrollen seit der Reform des Schengener Grenzkodex nun erstmals explizit auf Migrationsaufkommen, auch zwischen den EU-Mitgliedstaaten, stützen kann (Engler/Christinck 2024: 7).

Die Aussage, Grenzen seien direkte Mittel gegen Bedrohung und förderlich für die innere Sicherheit, ist zwar weniger häufig aufzufinden, dennoch ist folgende Äußerung der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in der Eröffnung der Debatten interessant: „Mörderische Attacken, wie wir sie in Solingen und Mannheim erlebt haben, verlangen klare Antworten. Und diese Antworten geben wir. [...] Dazu zählen Grenzkontrollen, die ich vor drei

Tagen an allen deutschen Landesgrenzen angeordnet habe“ (Bundestag (a) 2024: 23966). Diese Aussage verortet den Anschlag von Solingen 2024 im Migrationsdiskurs und weist die migrationspolitische Maßnahme der Grenzkontrollen als Mittel gegen Anschläge aus. Meine anfängliche Annahme, dass diese bundesweiten Grenzkontrollen als Reaktion auf Solingen 2024 eine zentrale Rolle in den Bundestagsdebatten spielen würden, bestätigte sich jedoch nicht. So geht es in der Debatte nicht um die Frage der Effektivität von Grenzmaßnahmen gegen Anschläge, stattdessen geht es darum, wie Grenzmaßnahmen ausgestaltet werden sollten. Es lässt sich also schlussfolgern, dass ein Wissen um die Angemessenheit dieser Grenzkontrollen weitestgehende Gültigkeit besitzt. Grenzkontrollen scheinen also auch eine Funktion politischer Kommunikation zu sein, die gemeinsam mit anderen Maßnahmen den Eindruck von Kontrolle vermitteln sollen (Engler/Christinck 2024: 23).

Die Verschränkung des Bedrohungs-, Sicherheits- und Migrationsdiskurses im Grenzdiskurs bringt Grenzen als Werkzeug der Lösung für problematisierte Migration hervor. So stellt auch Lehner (2021: 230) fest, dass Legitimierungen strengerer Grenzmaßnahmen meist mit Bedrohungssinszenierungen bestimmter Personengruppen einhergingen. Diese Verschränkung hat also Effekte auf Grenzziehungspraktiken und weist außerdem auf die differenzierende und hierarchisierende Funktion von Grenze hin. Das Verständnis von Grenze lässt sich in der untersuchten Debatte vor allem territorial und materialisiert ausmachen, weist aber zudem deutlich soziale Grenzziehungen auf. So werden in Grenzdiskursen eben immer auch Vorstellungen, kulturelle Bilder und moralische Werte bezüglich Ein- und Ausschluss beziehungsweise Zugehörigkeit verhandelt, so Lehner (2021: 234). Diese sind sowohl an der Konstruktion sozialer als auch physischer Grenzen beteiligt. Dies zeigt sich ebenfalls in der häufigen Problematisierung angeblich ‚offener Grenzen‘. Diese Problematisierung weist auf die Vorstellung einer Sicherheitsfunktion von Grenze hin, die diejenigen schützt, die sich innerhalb der Grenzen befinden, indem sie den Einlass oder Ausschluss von Menschen und Gefahren reguliert.

Eine einzelne Äußerung aus den Reihen der AfD bezüglich der Rolle von Grenze möchte ich am Ende hier noch anführen. So sagt Christian Wirth (AfD): „Der einzige Weg, den kulturellen Untergang Deutschlands und Europas abzuwenden, ist die sofortige Schließung unserer Grenzen“ (Bundestag (c) 2024: 25470). Hier ist das zu erkennen, was Huysmans (2000: 762) als Mythos nationaler kultureller Homogenität beschreibt, der durch Migration infrage gestellt werde. Grenze hat in dieser Perspektivierung die Funktion, nationale kulturelle Homogenität zu schützen und zu ermöglichen. Wenn gleich weniger eindeutig, basieren aber ebenso zuvor beschriebene Prozesse der Versicherheitlichung und Kriminalisierung in ihrer Verschränkung mit Migration auf der Idee national-territorial umgrenzter, mehr oder weniger homogener Populationen. ‚Othering‘ aufgrund von Migrationsgeschichte könnte ohne diese Imaginierung nicht funktionieren. Dass Aushandlungen

über Sicherheit im Feld der Migrationspolitik und Grenzpraktiken stattfinden, verdeutlicht diese national-territoriale Verortung von Zugehörigkeitsproduktion.

In der untersuchten Debatte weist die Thematik Grenze also Versicherheitlichung von Migration auf, indem die Notwendigkeit ihrer Regulierung konstatiert wird. Weiter findet eine Verschränkung mit dem Bedrohungsdiskurs statt mit dem Effekt, Grenze als Sicherheitsinstrument zu deuten und migrationspolitische Grenzmaßnahmen zu legitimieren. Weiter zeigt sich, dass die Auseinandersetzungen über Grenze in Verhandlungen über nationale versus europäische Souveränität vorkommen sowie in Aushandlungen von Zugehörigkeit.

Themenkomplex Regierungspolitik

Im nun folgenden Themenkomplex stellt sich der Stellenwert des Themas Migration in der hier untersuchten Debatte dar. So wird hier politische Kompetenz vornehmlich anhand migrationspolitischer Entscheidungen und Forderungen diskutiert. Dabei werden Narrative und Deutungen von Migration und Politik sichtbar.

Einer der häufigsten Aussagen zufolge habe die Regierungspolitik die Aufgabe und die Macht, über Migration nach Deutschland zu entscheiden. So Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD): „Genauso gibt es die absolut berechtigte Erwartung, dass wir die Migration nach Europa besser steuern und ordnen“ (Bundestag (c) 2024: 25466). Hier ist eine Diskursverschränkung von Migrationsdiskurs und regierungspolitischem Diskurs sichtbar, die eine Deutung des Machtverhältnisses aufweist. So kann an dieser Aussage ein Narrativ von Migration abgelesen werden, das Migration nicht etwa, wie im transkulturellen Verständnis, als historische Normalität menschlichen Daseins versteht, sondern als Phänomen, das durch nationalstaatliche Politik reguliert werden muss. So kommt in dieser Deutung Migration keine realitätsschaffende produktive Macht zu, eine von kritischen Migrationsforscher:innen stark kritisierte Perspektive. Anhand verschiedener Beispiele zeigen Hess und Kasperek (2017: 55–58), wie verschiedene migrantische Bewegungen ihre Wege, Schlupflöcher und Gegenstrategien trotz politischer Versuche der Migrationsregulierung finden. Es ist also eher von einem Wechselspiel von Migration und politischen Maßnahmen auszugehen als von einer sich einseitig durchsetzenden politischen Macht. So schreiben auch Faust et al., dass Politiken sich erst in den unterschiedlichen Übersetzungen in Alltagspraktiken in soziale Realität einschreiben (Faust et al. 2024: 221). In der Debatte kann allerdings ein Wissen ausgemacht werden, in dem es als wahr gilt, dass die Regierungspolitik in einer einseitigen produktiven Machtposition sei.

Weiter lässt sich die häufige Aussage finden, die Migrationsthematik werde für Parteiprofilierung instrumentalisiert. Dazu äußert sich beispielsweise Jessica Tatti (BSW): „Die Gesetzentwürfe der Ampel sind nichts weiter

als ein durchschaubarer Versuch, kurz vor den Wahlen noch irgendwie auf die Attentate in Mannheim und Solingen zu reagieren. Sie wollen doch in Wahrheit keine echte Migrationswende“ (Bundestag (a) 2024: 23 987). Auch hier sehen wir eine Verschränkung des Migrations- mit dem regierungspolitischen Diskurs sowie mit dem Sicherheits- und Bedrohungsdiskurs. Es wird deutlich, dass die Thematik Migration von politischen Akteur:innen dazu genutzt wird, im Kampf um Machtpositionen verschiedene politische Belange miteinander zu verknüpfen. Diese Funktion der Thematisierung von Migration im regierungspolitischen Diskurs beobachtete bereits Huysmans Jahrzehnte vorher (2000: 762). In der analysierten Debatte wird vor allem der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Regierung vorgeworfen, ineffektive Migrationsmaßnahmen vorzuschlagen, die nur die Funktion der Wahlwerbung hätten. Oder, um ein weiteres, sich wiederholendes Beispiel anzuführen, wird der CDU/CSU vorgeworfen, AfD-Positionen zu übernehmen, um sich Wähler:innenstimmen zu sichern. Migrationspolitische Debatten verhandeln also auch zu parteipolitischen Positionen, denen durch die Einbettung in die Versicherheitlichung und Bedrohungsinszenierung von Migration Gewicht verliehen wird.

Zuletzt soll noch eine Aussage, die in der Debatte ebenfalls unter den häufigsten auftritt, vorgestellt werden. Diese besagt, die Migrationsdebatte weise rechte Positionierungen auf, die problematisch sind. Hier handelt es sich um eine Aussage, die andere Aussagen kritisiert. So zitiert Clara Büniger (Die Linke) aus einem Appell der SPD-Mitgliederschaft: „Die Maßnahmen, die die Ampel heute beschließen will, sind nicht nur ineffektive Scheinlösungen gegen islamistischen Terrorismus, sondern sie legitimieren rechtspopulistische und rechtsextreme Narrative“ (Bundestag (c) 2024: 25 479). Die Äußerungen, die sich zu dieser Aussage verdichten lassen, weisen unterschiedliche Begründungen dafür auf, dass rechte Positionierungen in der Migrationsdebatte ausgemacht werden und dies als problematisch eingeordnet wird. So ist, je nach Redner:in differierend, entweder Rassismus, Faschisierung, der Verlust demokratischer Werte oder die (unzulässige) Problematisierung von Migration im Zentrum der Kritik. Auch Huysmans (2000: 767) konstatiert schon Anfang der 2000er-Jahre, dass die Versicherheitlichung von Migration nationalistischen und rechten Parteien einen prominenten Platz in politischen Auseinandersetzungen einräume. Die erfolgreiche Mobilisierung und Durchsetzung des Verständnisses von Migration als Belastung und Bedrohung gehe mit nationalistischen und rassistischen Einstellungen und Emotionen einher und sei Teil des Erfolgs rechter Parteien (Huysmans 2000: 767). Schlussfolgern lässt sich, dass ein Zusammenhang zwischen Versicherheitlichung von Migration, der Zentralität migrationspolitischer Debatten für politische Machtpositionen und der Durchsetzung rechter Positionen besteht.

Schluss

In dieser Forschung ging ich der Frage nach, wie sich die Themen Migration, Sicherheit und Grenze in der Bundestagsdebatte um das Sicherheitspaket nach Solingen 2024 miteinander verweben. Dabei betrachtete ich, wie sich darin Narrative und Deutungen von Migration darstellen, wie sich diese mit Vorstellungen von Sicherheit verknüpfen und welche Funktion und Bedeutung der Grenze zugeschrieben wird. Die diskursanalytische Untersuchung ergab eine überwiegend problematisierende Deutung von Migration. In der Debatte wird Migration entgegen einem transkulturellen Verständnis nicht als historische Regularität menschlicher Realität verstanden. Stattdessen präsentiert sich eine dominierende Vorstellung von Migration als destabilisierendes und bedrohliches Phänomen für die innere Sicherheit. Eine Versicherheitlichung von Migration konnte nachgezeichnet werden und wie verschiedene diskursive Praktiken Migration als Problem hervorbringen. Weiter konnte gezeigt werden, wie mit der Deutung von Migration als Frage der nationalen Sicherheit verschiedene restriktive migrationspolitische Maßnahmen verhandelt werden und ihnen dadurch Notwendigkeit und Legitimität attribuiert werden. Außerdem wurde nachvollzogen, dass Grenzen und Grenzmaßnahmen eine migrationsregulierende Funktion zugeschrieben wird und sich diese Deutung als gültige Wahrheit durchgesetzt hat. Zudem konnten Praktiken sozialer Grenzziehung herausgearbeitet werden, die Zugehörigkeit und Ausschluss verhandeln und der Legitimierung restriktiver physischer Grenzpraktiken dienen.

Unwidersprochen bleibt das aufgezeigte, dominierende Verständnis von Migration in der Debatte allerdings nicht. So wird die vorherrschende Versicherheitlichung von Migration häufig als rechtes, demokratiefeindliches Narrativ kritisiert. Auch in der Untersuchung konnte gezeigt werden, wie die Aushandlung von Sicherheit im Feld der Migrationspolitik national-territoriale Zugehörigkeitsverständnisse produziert und reproduziert, auf deren Grundlage rechte und rassistische Narrative Verbreitung finden. Die Inszenierung der Bedrohung durch Migration, wie sie für den hier untersuchten Diskurs an vielen Stellen herausgearbeitet wurde, zielt außerdem meist auf Betroffene europäischer Kolonialgeschichte ab (Huysmans 2000: 764) und ignoriert europäische Verantwortung für Fluchtursachen. Der untersuchte Migrationsdiskurs der Bundestagsdebatten weist also neben rechten Narrativen auch koloniale Kontinuitäten auf.

Literaturverzeichnis

Eggmann, Sabine. 2013. „Diskursanalyse. Möglichkeiten für eine volkswissenschaftlich-ethnologische Kulturwissenschaft.“ In *Europäisch-ethnologisch Forschen. Neue Methoden und Konzepte*, hrsg. von Sabine Hess, Johannes Moser und Maria Schwertl, 55–77. Berlin: Reimer.

Engler, Markus und Lea Christinck. 2024. „Kurzexpertise zu den Auswirkungen von Binnengrenzkontrollen.“ Zugriff 10.10.2024. <https://gruene-frak>

tion-brandenburg.de/uploads/documents/Publikationen/240506_Gutachten_zu_Auswirkungen_von_Binnengrenzkontrollen_FINAL.pdf.

Faust, Friederike, Carmen Grimm, Beate Binder, Jérémy Geeraert und Todd Sekuler. 2024. „Crimscapes. Kulturanthropologische Perspektiven auf Politiken der Kriminalisierung.“ *Zeitschrift für Empirische Kulturwissenschaft*, 120. Jahrgang, S. 217–241. DOI:10.31244/zekw/2024/02.03.

Foucault, Michel. 2001. *Die Ordnung des Diskurses*. 8. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag.

Foucault, Michel. 1996. *Diskurs und Wahrheit. Die Problematisierung der Parrhesia*. Berkeley-Vorlesungen 1983. Berlin: Merve.

Foucault, Michel. 1973. *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Geier, Thomas und Paul Mecheril. 2021. „Grenze, Bewegung, Beunruhigung. Skizze einer zugehörigkeitstheoretisch informierten Migrationsforschung.“ *Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Research*, 1. Jahrgang (1), 171–196. DOI: 10.48439/zmf.v1i1.104.

Glick Schiller, Nina und Noel B. Salazar. 2012. „Regimes of Mobility Across the Globe.“ *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 39. Jahrgang (2), 183–200. DOI: 10.1080/1369183X.2013.723253.

Hess, Sabine und Bernd Kasperek. 2017. „De- and Restabilising Schengen: The European Border Regime after the Summer of Migration.“ *Cuadernos Europeos de Deusto*, 56. Jahrgang, 47–77. DOI:10.18543/ced-56-2017.

Houtum van, Henk und Ton van Naerssen. 2002. „Bordering, Ordering, Othering.“ *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, 93. Jahrgang, 125–136. Nijmegen. DOI: 10.1111/1467-9663.00189.

Huysmans, Jef. 2000. „The European Union and the Securitization of Migration.“ *Journal of Common Market Studies*, 38. Jahrgang (5), 751–777. DOI: 10.1111/1468-5965.00263.

Jäger, Margarete, Benno Nothardt und Regina Wamper. 2024. *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Überarbeitete 8. Auflage. Münster: Unrast Verlag.

Jäger, Siegfried. 2001. „Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse.“ In *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden*, hrsg. von Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver, 81–112. Wiesbaden: Springer Nature.

Kahveci, Çağrı und Özge Pinar Sarp. 2017. „Von Solingen zum NSU. Rassistische Gewalt im kollektiven Gedächtnis von Migrant*innen türkischer Herkunft.“ In *Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der*

Wissenschaft, hrsg. von Juliane Karakayali et al., 37–56. Bielefeld: transcript Verlag.

Kammler, Clemens, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider. 2008. *Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler.

Lange, Hans-Jürgen und Michaela Wendekamm. 2019. *Postfaktische Sicherheitspolitik. Gewährleistung von Sicherheit in unübersichtlichen Zeiten*. Wiesbaden: Springer.

Lehner, Sabine. 2021. „Grenze/n und Diskurs/e.“ In *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, hrsg. von Dominik Gerst, Maria Klessmann und Hannes Krämer, 221–240. Baden-Baden: Nomos Verlag. DOI:10.5771/9783845295305.

Lehnert, Matthias und Robert Nestler. 2024. „Der Mythos von der Notlage“. *Verfassungsblog*, 9. 9. 2024. DOI: 10.59704/1c4bdcffd8d51cdc.

Welsch, Wolfgang. 2012. „Was ist eigentlich Transkulturalität?“ In *Kulturen in Bewegung. Beiträge zur Theorie und Praxis der Transkulturalität*, hrsg. von Dorothee Kimmich und Schamma Schahadat, 25–41. Bielefeld: transcript Verlag.

Quellenverzeichnis

Bundesministerium des Innern und für Heimat. 2024. „Binnengrenzkontrollen an allen deutschen Landesgrenzen angeordnet.“ Zuletzt geändert 09. September 2024. Zugriff 11.11.2024. <https://www.bmi.bund.de/Share/Docs/kurzmeldungen/DE/2024/09/binnengrenzkontrollen.html>.

Bundesregierung. 2024. „Mehr Sicherheit für Deutschland. Sicherheitspaket der Bundesregierung.“ Zuletzt geändert 31. Oktober 2024. Zugriff 10.11.2024. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sicherheitspaket-der-bundesregierung-23024>.

Bundestag (a). 2024. „185. Sitzung, 20. Wahlperiode, 12.09.2024“, S. 23965–23992. Berlin. Zuletzt geändert 12. September 2024. Zugriff 14.11.2024. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20185.pdf>.

Bundestag (b). 2024. „188. Sitzung, 20. Wahlperiode, 26.09.2024“, S. 24339–24360. Berlin. Zuletzt geändert 26. September 2024. Zugriff 14.11.2024. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20188.pdf>.

Bundestag (c). 2024. „195. Sitzung, 20. Wahlperiode, 18.10.2024“, S. 25464–25509. Berlin. Zuletzt geändert 18. Oktober 2024. Zugriff 14.11.2024. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20195.pdf>.

Informationsverbund Asyl & Migration. 2025. „Dublin-III-Verordnung (604/2013)“. Zugriff 4.3.2025. <https://www.asyl.net/recht/gesetzestexte/asylrecht/dublin-iii-verordnung>.

Tagesschau. 2024. „Was über den Anschlag in Solingen bekannt ist.“ Zuletzt geändert 07. Dezember 2024. Zugriff 17.11.2024. <https://www.tagesschau.de/inland/solingen-faq-100.html>.



Nele Hamann
c/o Institut für Empirische Kulturwissenschaft
Universität Hamburg
Edmund-Siemers-Allee 1 (West)
20146 Hamburg
nele.hamann@proton.me